

Demokratiefeindlichkeit – auch ein Tätigkeitsfeld für die Soziale Arbeit

Die Demokratiefeindlichkeit wird in der Schweiz sichtbarer. Ein Grund dafür ist das veränderte Informationsverhalten. Was kann die Soziale Arbeit beitragen, um die Demokratie zu stärken bzw. Demokratiefeindlichkeit abzuwehren?

Text: Judith Bühler, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, und Dirk Baier, Institutsleiter, Departement Soziale Arbeit der ZHAW

Demokratie und Demokratiefeindlichkeit

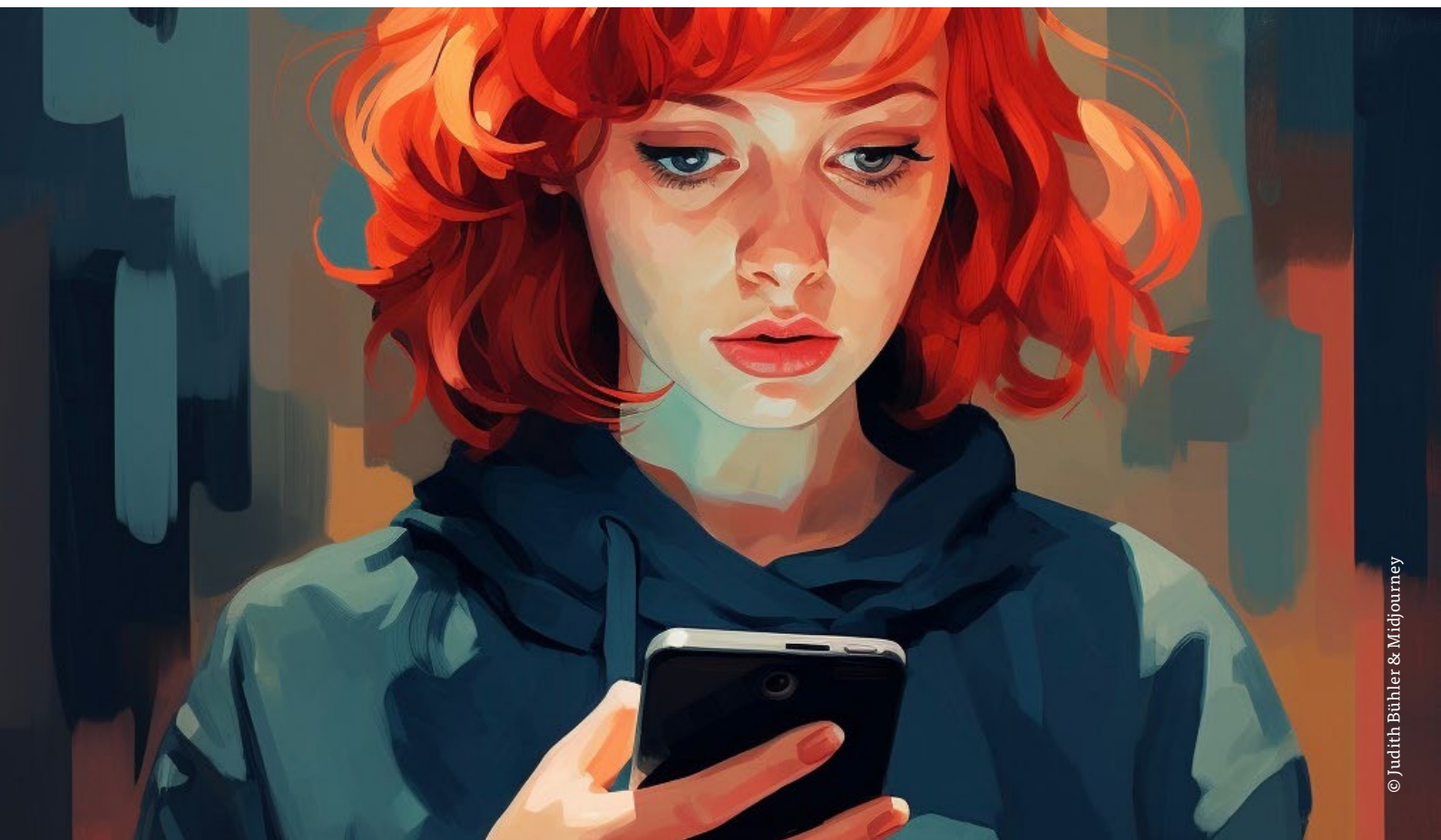
Demokratie bedeutet, dass sich jeder Mensch in grösstmöglicher Freiheit entfalten kann. Die Freiheit, neue Ideen zu denken, zu diskutieren, Mehrheiten und Konsens dafür zu finden, ist charakteristisch für Demokratien. Diese Freiheit schliesst auch ein, dass Ideen verfolgt werden können, die gegenüber der Demokratie kritisch eingestellt sind. Demokratie muss dies aushalten und auf dem Weg der Überzeugung die Mehrheit der Stimmbürger*innen für sich gewinnen und einen Konsens mit den Gegner*innen finden. In jüngster Zeit mehren sich die Zeichen, dass die Demokratie Kräften gegenübersteht, die gegen ihre Grundprinzipien gerichtet sind.

Demokratiefeindlichkeit bedeutet, dass demokratische Grundprinzipien (Volksouveränität, Gewaltenteilung, Rechts-

staatlichkeit, Konstitutionalismus, Achtung der Menschen- und Grundrechte, Pluralismus und Medienfreiheit) generell oder für bestimmte Bevölkerungsgruppen abgelehnt werden. An die Stelle der Demokratie soll ein anderes gesellschaftspolitisches Ordnungssystem treten. Neben der politischen Ebene kann Demokratiefeindlichkeit auch andere Ebenen umfassen, so z. B. die Ebene der individuellen Einstellungen (persönliche Ebene) oder die Ebene von kollektiven Akteuren (organisatorische Ebene).

Demokratiefeindlichkeit in der Schweiz

Über die *persönliche Ebene* geben Befragungsstudien zu Einstellungen Auskunft. Neun von zehn Befragten sind mit der Demokratie in der Schweiz zufrieden (Baier, 2022). Dies heisst



ebenso, dass etwa jeder zehnte Befragte Unzufriedenheit äussert. Wird das Vertrauen in demokratische Institutionen betrachtet, so verweisen Studien darauf, dass Gerichte und der Bundesrat ein hohes Vertrauen geniessen, im Gegenzug zu politischen Parteien und Medien. (Szvircsev Tresch, 2023, S. 123). Bestimmte Meinungen, die demokratischen Grundprinzipien widersprechen, kommen in der Bevölkerung vor. So stimmten in der Studie von Baier (2022) 20% ausländer- und muslimfeindlichen Aussagen zu, 10% homophoben Aussagen.

Auf Basis von Befragungen schätzt Baier (2023), dass circa 2% der Bevölkerung staatsverweigernd (und damit demokratiefeindlich) eingestellt ist. Bemerkenswert ist, dass anhand verschiedener Schweizer Einstellungsstudien keine signifikante Zunahme solcher Positionen festzustellen ist. Wenn nicht mehr Menschen demokratiefeindlich denken, so scheint aber die Sichtbarkeit von Demokratiefeindlichkeit in den letzten Jahren gestiegen zu sein. Dies bedeutet, dass einzelne demokratiefeindliche Personen oder Gruppen aktiver werden, häufiger in Erscheinung treten und damit potenziell auch mehr Einfluss auf die Meinungsbildung nehmen.

Wird die *organisationale Ebene* betrachtet, so finden sich in jüngerer Zeit Beispiele, dass soziale Akteur*innen, die sich für Vielfalt, Menschenfreundlichkeit sowie Antidiskriminierung usw. einsetzen, systematisch bedrängt werden (u.a. Drohungen, Störaktionen und Mahnwachen bei Anlässen). Dies erfolgt online, verbal oder physisch; die Folge sind Angst und Verunsicherung unter den veranstaltenden Organisationen sowie unter Angehörigen von Minderheiten.

Schliesslich werden auch auf *politischer Ebene* demokratiefeindliche Tendenzen sichtbar. Dies zeigt sich einerseits in verschiedenen Diskussionen, in denen Pluralität als ein zentraler Grundwert der Demokratie in Zweifel gezogen wird (z. B. Ablehnung von inklusivem Sprachgebrauch). Andererseits werden populistisch geprägte Referenden und Volksinitiativen lanciert (z. B. «Tschüss Genderstern» in der Stadt Zürich).

Verändertes Informationsverhalten und Verschwörungserzählungen¹

Das Informationsverhalten der Menschen hat sich in den zurückliegenden Jahren verändert und nimmt Einfluss auf die Einstellung zur Demokratie. Klassische Medien haben an Bedeutung verloren, soziale Medien an Bedeutung gewonnen. Sie werden von Ebner (2019) als «Radikalisierungsmaschinen» bezeichnet, weil sie es ermöglichen, dass Menschen sich in algorithmische Echokammern zurückziehen, die ihren

Einstellungen entsprechen. Diese Echokammern bieten eine Art Rückzugsort, in dem Menschen in ihrer Haltung Bestätigung erfahren. Diese Komfortzonen sind besonders attraktiv, wenn die erlebte Umwelt ausser Kontrolle gerät und Menschen in ihrer Anpassungsfähigkeit und Ambiguitätskompetenz herausfordert. Solche Krisen sind auch Nährböden für Verschwörungserzählungen (nachfolgend VEs). VEs sind Versuche, ein Ereignis durch das zielgerichtete, heimliche Wirken einer machtvollen Gruppe zu erklären (Nocun/Lamberty, 2020, S. 18). Diese Erklärungen vermitteln dem Verschwörungsglaubenden ein Gefühl von Kontrolle über die Situation. Die Glaubwürdigkeit von VEs speist sich dabei aus gefühlter Plausibilität, Feindbildern und der wiederholten Verbreitung (Blume, 2020, S. 19). Für die Schweiz kann diesbezüglich gesagt werden, dass aktuell mehr als ein Viertel der Menschen eine Affinität zu verschwörungstheoretischem Denken aufweist (Baier, 2021). Verschiedene Studien belegen, dass Verschwörungsdenken mit der Ablehnung der Demokratie und der Zustimmung zu extremistischen Haltungen einhergeht und VEs damit eine «Gesellschaft zersetzende» Wirkung entfalten. Die Konfrontation mit VEs bzw. mit Adressat*innen, die diesen anhängen oder im Fokus von diesen stehen, ist damit eine neue Aufgabe für die Soziale Arbeit (Cox, 2023).

Anforderungen an die Soziale Arbeit

Soziale Arbeit und Demokratie gehören zusammen. Demokratiefeindlichkeit ist auch eine Feindlichkeit gegenüber der Sozialen Arbeit und ihrem Grundverständnis der Teilhabe aller Menschen. Für die Soziale Arbeit lassen die diskutierten Entwicklungen folgende Folgerungen zu:

- Soziale Arbeit muss Formen von Demokratiefeindlichkeit sichtbar machen und ein Bewusstsein dafür wecken.
- Organisationen, die sich für demokratische Grundprinzipien einsetzen, müssen darauf vorbereitet sein, dass sie mit demokratiefeindlichen Aktivitäten konfrontiert werden und diesbezüglich professionelle Resilienz entwickeln.
- Die Soziale Arbeit soll neue anwaltschaftliche Aufgaben übernehmen, da besonders Adressat*innen-Gruppen der Sozialen Arbeit Gefahr laufen, Ziel von demokratiefeindlichen Aktionen zu werden. Hierfür ist auch eine professionelle Onlinepräsenz der Sozialen Arbeit gefragt.
- Soziale Arbeit soll VEs, welche die Tätigkeitsfelder sowie die Adressat*innen der Sozialen Arbeit betreffen, dekonstruieren.
- Soziale Arbeit soll sich politisch für Demokratie engagieren. •

Literatur

- Baier, D. (2021). Verschwörungstheorien befeuern Extremismus. *Tangram* 45, S. 79–84
- Baier, D. (2022). Sozio-politische Einstellungen in der Schweizer Bevölkerung vor und während der Covid19-Pandemie. *ZHAW*
- Baier, D. (2023). Staatsverweigerer in der Schweiz – eine empirische Annäherung. *ZHAW*
- Blume, M. (2020). Verschwörungsmutten. Woher sie kommen, was sie anrichten, wie wir ihnen begegnen können. *Ostfildern*
- Cox, C. B. (2023). Conspiracy Theory: The Demand for Social Work Interventions. *Families in Society* (online first)
- Ebner, J. (2019). Radikalisierungsmaschinen. Wie Extremisten die neuen Technologien nutzen und uns manipulieren. *Frankfurt am Main*
- Nocun, K., Lamberty, P. (2020). Fake Fact: Wie Verschwörungstheorien unser Denken bestimmen. *Köln*
- Szvircsev Tresch, T., et al. (2023). Sicherheit 2023 – Aussehen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. *ETH Zürich*

Fussnote

1. Theorien sind wissenschaftlich überprüfbare Erklärungen – damit widersprechen sich die Begriffe «Verschwörung» und «Theorie» im wissenschaftlichen Sinne. Aus diesem Grund wird in diesem Text der Begriff «Verschwörungserzählung» verwendet.